



Geschäftsführung Ausschuss Soziales und Senioren

Herr Krämer

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-22528

E-Mail: Thomas.Kraemer@Stadt-koeln.de

Datum: 30.09.2020

Niederschrift

über die **45. Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 23.04.2020, 15:30 Uhr bis 17:25 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Paetzold	SPD	
Frau Marion Heuser	GRÜNE	
Frau Katja Hoyer	FDP	
Frau Cornelia Schmerbach	SPD	
Herr Dr. Walter Schulz	SPD	
Herr Martin Erkelenz	CDU	
Frau Ursula Gärtner	CDU	
Herr Stephan Pohl	CDU	
Herr Frank Hauser	GRÜNE	
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE	
Frau Monika Roß-Belkner	CDU	Vertretung für Herrn RM Welter
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD	Vertretung für Frau RM Schultes

Beratende Mitglieder

Herr Tobias Scholz	GUT
Frau Diana Finsterle	auf Vorschlag der AfD
Frau Felicitas Vorpahl-Allweins	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Peter Krücker	Caritasverband
Herr Marc Ruda	DRK Kreisverband Köln
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

(Hinweis der Schriftführung: Wegen des Platzmangels auf Grund der geltenden Corona-Hygienschutzmaßnahmen haben die beratenden Mitglieder mehrheitlich auf ihre Teilnahme verzichtet.)

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Monika Schultes	SPD
Herr Thomas Welter	CDU
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Grünen

Beratende Mitglieder

Frau Carolina Brauckmann	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft LST
Frau Figen Maleki Balajou	LiL
Frau Helga Blümel	auf Vorschlag der SPD
Herr Frank Feles	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der SPD
Frau Lena Teschlade	auf Vorschlag der SPD
Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU
Frau Maria Verena Fontanazza-Russo	CDU
Herr Markus Peters	auf Vorschlag der CDU
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen
Frau Monika Reisinger	auf Vorschlag der Grünen
Herr Michael Scheffer	DIE LINKE.
Herr Benedikt Lieffertz	auf Vorschlag der FDP
Herr David Klapheck	Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Cornelia Harrer	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Markus Johannes	Kreisgruppengeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Heiko Nigmann	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Antonella Giurano	Italiani per Colonia
Frau Alina Schiller	Synagogen-Gemeinde Köln
Herr Michael Schuhmacher	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft LST

Herr Ausschussvorsitzender RM Paetzold begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 45. Sitzung des Ausschuss Soziales und Senioren um 15:30 Uhr.

Herr Ausschussvorsitzender RM Paetzold erläutert einige geltende Hygienevorschriften und teilt mit, dass die Fraktionen sich im Vorfeld darauf verständigt haben auf Redebeiträge größtenteils zu verzichten sowie die Sitzung auch mit reduzierter Anzahl der Mitglieder des Ausschusses Soziales und Senioren durchzuführen. Die Sitzungsdauer solle so kurz wie möglich gehalten werden.

Der **Ausschussvorsitzender Herr RM Paetzold** schlägt daher vor folgende Punkte zur Struktur der Sitzung vor:

- Redebeiträge von 5 auf 3 Minuten zu begrenzen.
- geplante Wortbeiträge und mündliche Anfragen ggf. verschriftlich der Schriftführung zur Beantwortung die Niederschrift zu übergeben.
- Fragen an die Verwaltung zur Beantwortung schriftlich bei der Schriftführung zur Weiterleitung an die Verwaltung abzugeben.

Weiterhin erläutert der **Ausschussvorsitzende Herr RM Paetzold**, dass er unter TOP A die Fachverwaltung um einen mündlichen Bericht über ihre Maßnahmen zum Schutz besonders vulnerabler Gruppen in der Corona-Pandemie gebeten hat.

Zur Tagesordnung schlägt er vor,

- **TOP 7.1** und **TOP 15.6** in die nächste Sitzung zu schieben, da diese Vorlagen kurzfristig eingegangen sind,
- **TOP 13.2** und **TOP 13.3** werden zusammen mit **TOP A** behandeln,
- Alle Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen (alles Punkte nach TOP 8) werden im Block zur Kenntnis genommen.

Herr RM Detjen schlägt vor **TOP 2.1** ebenfalls in die nächste Sitzung zu schieben.

Weitere Wortmeldungen zur Ergänzung/Änderung der Tagesordnung liegen nicht vor.

Herr Ausschussvorsitzender RM Paetzold lässt über die geänderte Tagesordnung und die Begrenzung der Redezeit abstimmen.

Beschluss:

Die geänderte Tagesordnung wird angenommen und die Redebeiträge werden für diese Sitzung einvernehmlich von 5 auf 3 Minuten gekürzt.

Tagesordnung

- A** Überblick über Maßnahmen der Verwaltung im Rahmen der Corona-Pandemie für besonders vulnerable Gruppen und Einrichtungen (mündlicher Sachstandsbericht)

I. öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 2.1 Struktur der Arbeitslosenzentren in Köln aufrechterhalten
Antrag der Ratsfraktion Die Linke
AN/0330/2020

3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 3.1 Erneuerung der Brandmeldeanlage im Bürgerhaus Stollwerck
0016/2020
- 3.2 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Maßnahme 5.0.2 "Zuhause im Veedel - Aktivierung und Beteiligung im Quartier" - Sozialraum Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil, Quartier Finkenberg
0050/2020
- 3.3 Anerkennung von vier neuen Interkulturellen Zentren Köln
0877/2020

4 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 4.1 Verteilung der Mittel zur Förderung von neuen Interkulturellen Zentren und die Verwendung des übergreifenden Budgets für Interkulturelle Zentren Köln für das Haushaltsjahr 2020
0887/2020
- 4.2 Bedarfsplanung vom Amt für Wohnungswesen für neu anzumietende Objekte gem. § 5 Abs. 2 a der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln vom 13.12.2019
0274/2020

5 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

6 Stadtarbeitsgemeinschaften

7 Behindertenbeauftragter

7.1 Inklusionstaxen in Köln
1098/2020

8 Aktuelle Situation von Flüchtigen in Köln

8.1 Jahreszahlen zur Versorgung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) in 2019 in der Stadt Köln
0433/2020

8.2 Bericht über die Entwicklung von Ausreisen und Abschiebungen ausreisepflichtiger Personen 2019
0434/2020

9 Bericht des Jobcenter Köln

1112/2020

10 Wohnen

10.1 Halbjahresbericht zur Zweckentfremdung von Wohnraum in Köln
0730/2020

11 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

12 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen

12.1 Bescheinigung über den Wohngeldbezug für BUT Antragsteller
Neuer Sachstand zur Mitteilung vom 31.10.2019 Vorlagen Nummer
3702/2019
0173/2020

13 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

13.1 Menschen in der Prostitution während und nach der Corona-Krise
AN/0455/2020

13.2 Häusliche Gewalt in der Coronakrise
Gemeinsame Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der CDU
AN/0441/2020

Beantwortung der Anfrage Häusliche Gewalt in der Corona-Krise (Beantwortung von AN/0441/2020)
1125/2020

13.3 Beantwortung der Anfrage AN/0453/2020 der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln "Soziale Soforthilfen und Kinder- und Jugendhilfe in der Corona-Krise"
1113/2020

14 Mündliche Anfragen

15 Mitteilungen

15.1 Jugendbefragung und dann... - Erste Bilanzierung
0178/2020

15.2 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht; Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen
0299/2020

15.3 Versenkung von Wohncontainern (ehem. Geflüchtetenunterkunft Eygelshovener Straße)
0040/2020

15.4 Bericht der drei Träger Auszugsmanagement für den Zeitraum 01.01.-31.12.2019
0975/2020

15.5 Förderung von Wohnungen mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen und der Stadt Köln im Jahr 2019 und Überblick der Änderungen im Förderrecht 2020
1023/2020

15.6 Interkulturelle Zentren Köln – „Die ganze Welt in Köln“ Informationsbroschüre und Übersichtskarte
0881/2020

II. Nichtöffentlicher Teil

- 16 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 17 Beantwortungen von Anfragen**
- 18 Mitteilungen**
- 19 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 20 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 21 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen**
- 22 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen**
- 23 Mündliche Anfragen**
- 24 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 25 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**
- 26 Ausschussempfehlungen an den Rat**

I. Öffentlicher Teil

A Überblick über Maßnahmen der Verwaltung im Rahmen der Corona-Pandemie für besonders vulnerable Gruppen und Einrichtungen (mündlicher Sachstandsbericht)

Für die Verwaltung anwesend: **Herr Dr. Rau**, Beigeordneter Dezernat V, **Frau Dr. Robinson**, Amt für Soziales, Arbeit und Senioren, Amtsleiterin, **Herr Ludwig**, Amt für Wohnungswesen, Amtsleiter, **Frau Würker**, Jobcenter Köln, Geschäftsführerin

Herr Dr. Rau gibt einen Überblick über Maßnahmen der Verwaltung im Rahmen der Corona-Pandemie und erläutert, dass sich die Verwaltung von Beginn an auf „worst case“-Szenarien vorbereitet hatte. Dies sei auch überwiegend gelungen. So sei z.B. in Krankenhäusern weitgehend Verschiebbares auch tatsächlich verschoben worden, um beim Bedarfsfall vorbereitet zu sein. Auch an anderen Stellen seien Kapazitäten geschaffen und freigehalten worden für Menschen in Not, in Schlecht- oder Unterversorgung oder ohne Pflegeunterstützung. Die Verwaltung lerne derzeit jeden Tag, dass es Konstellationen gebe, die man bisher noch nicht vorgedacht habe. Auf all diese Konstellationen werde versucht sich einzurichten. Krise heiße hier aber auch, so führt **Herr Dr. Rau** weiter aus, dass die Verwaltung sich zuerst auf das aller Dringendste vorbereite. Hier wurde relativ frühzeitig begonnen, nicht nur medizinische sondern auch soziale Not in den Blick zu nehmen. **Herr Dr. Rau** verweist hier insbesondere auf die in Not geratenen Obdachlosen oder sonstigen hilflosen Menschen. Hier lerne die Verwaltung auch, dass z.B. Kinder unter Restriktionsbedingungen zu wenig im Fokus seien. Krise bedeute aber auch, am Anfang nicht alles parat zu haben, sondern täglich neu dazu zu lernen, um diese Krise zu bewältigen. Auf Grund der Resonanz sei jedoch festzustellen, dass das Krisenmanagement der Verwaltung als wirksam empfunden werde.

Frau Dr. Robinson legt den Fokus ihres Beitrages auf die Situation besonders vulnerabler Gruppen und bedankt sich sowohl bei den Mitarbeitenden, als auch bei den freien Trägern und der Stadtgesellschaft im Ganzen für die gute Zusammenarbeit.

Für das Amt für Soziales, Arbeit und Senioren stehe im Fokus, die Menschen abzusichern welche Hilfe benötigen und die Daseinsvorsorge auch im Notbetrieb aufrecht zu erhalten.

Neben einer engen Begleitung der professionellen Leistungserbringer zur fachlichen Versorgung von pflegebedürftigen, behinderten und wohnungslosen Menschen und deren coronagerechter Erbringung, seien zahlreiche ergänzende Leistungen etabliert und mit den vorhandenen Systemen vernetzt worden. Neben allgemeinen Pressemitteilungen zu diesen Angeboten, sei die Kommunikation auch in den Ergänzungsangeboten etabliert worden. Insbesondere für ältere Menschen sei in Kooperation mit dem Kölner Leben eine umfassende Informationsseite gestaltet worden, die auch alle ehrenamtlichen Hilfen mit umfasse.

Zur Sicherstellung der vorhandenen Leistungen habe das Sozialamt ein wöchentliches Monitoring des ambulanten pflegerischen Versorgungssystems etabliert. Darüber hinaus sei ein tagesaktuelles Reportingsystem der Feuerwehr und unterstützende Schulungs- und Testungsangebote des Gesundheitsamtes in den Einrichtungen für diese Personen und auch Notunterbringungssysteme in Kooperation mit dem Wohnungsamt etabliert worden. Frau Dr. Robinson bedankt sich, insbesondere auch beim Amt für Wohnungswesen, für die gute Kooperation, die viele Notmaßnahmen und de-

ren Anbindung möglich gemacht hat. Koordiniert werden die coronabedingt erforderlichen Leistungen für sogenannte vulnerable Gruppen durch eine Unterarbeitsgruppe des Krisenstabes unter Leitung der Feuerwehr.

Herr Ludwig führt aus, dass die Fachstelle Wohnen des Sozialamtes zur Unterbringung obdachloser Menschen die Hotelkapazitäten um 100 Plätze ausgeweitet habe. Darüber hinaus wurde zum Zweck der Quarantäne ein Objekt angemietet, um dort ggf. Personen aus dem Kreis der Obdachlosen unterbringen zu können. Ein weiteres Objekt mit sozialarbeiterischer Betreuung durch den Sozialdienst katholischer Frauen, sei speziell für Frauen in Not angemietet worden. An mehreren Ausgabestellen werden im gesamten Stadtgebiet Care-Pakete an Obdachlose verteilt. Je ein Duschcontainer wurde am Bahnhofsvorplatz und in der Nähe des Bürgerhauses Mütze in Mülheim aufgestellt. Zur Unterbringung geflüchteter Personen seien zwei Objekte für potenzielle Quarantäne-Fälle vorgesehen.

Frau Würker berichtet, dass seit Ende März ein deutlicher Anstieg an Neuanträgen auf Leistungen nach dem SGB II festzustellen sei. Im Vergleich zum Vorjahr habe sich die Anzahl der Anträge von ca. 900 auf ca. 2000 erhöht, wobei es sich bei 40% davon um reguläre Anträge, wie sie auch außerhalb der Pandemie-Zeit vorkommen, handelt. Ca. 60% dieser Neuanträge fallen auf Soloselbstständige, Kleinstunternehmern und vereinzelt Studierende sowie Menschen, welche nunmehr in den Bezug von Kurzarbeitergeld fallen. Das Jobcenter gehe davon aus, dass im Mai und Juni die Anzahl der Antragstellungen von Beziehern von Kurzarbeitergeld ansteigen werde. Diejenigen welche bereits jetzt, auf Grund des Bezugs von Kurzarbeitergeld, zusätzlich Leistungen nach dem SGB II beantragt haben, kommen aus den Bereichen Gastronomie, Lager, Logistik und Helfertätigkeit und aus dem Bereich Verkauf.

Die Maßnahmen zur Bewilligung von Leistungen wurden angepasst, so dass die Leistungsgewährung trotz der Krise, gesichert sei.

Herr Ausschussvorsitzender RM Paetzold bedankt sich für die Vorträge und die Arbeit, welche die Mitarbeitenden der Verwaltung und der freien Träger in der Krise leisten. Besonders hervorzuheben und zu loben sei hier, so fährt **Herr Ausschussvorsitzender RM Paetzold** fort, auch die Initiativen und die Helferinnen und Helfer von Vereinen, Kirchengemeinden, Religionsgemeinschaften und von privater Seite.

Die übrigen Ausschussmitglieder bekunden durch Applaus ihre Zustimmung.

Herr RM Detjen führt anhand der Obdachloseneinrichtung Gulliver e.V. lobend aus, dass hinsichtlich der Öffnung für die Obdachlosen ein einfaches Telefonat mit der Verwaltung innerhalb weniger Tage zu einer schnellen und unkomplizierten Lösung geführt habe.

Er hebt das Problem der Schutzkleidung für Senioren- und Pflegeeinrichtungen hervor und appelliert an die Verwaltung hier an Landes- und Bundesverwaltung heranzutreten um eine bester Versorgung zu erreichen.

Frau RM Gärtner bittet die Verwaltung bei künftigen Berichten auch auf das Thema „Häusliche Gewalt gegenüber Frauen“ einzugehen.

Frau RM Hoyer begrüßt die Aufstellung von Duschmobilen und bedankt sich bei der Verwaltung und den Trägern für ihr Engagement in Zeiten der Krise. Sie spricht den Bereich der ambulanten Pflegekräfte an, da viele Kräfte, welche bisher aus Osteuropa in diesem Bereich arbeiteten, nunmehr nicht mehr einreisen könnten. Sie begrüßt die Aktionen zur Hilfestellung bei der Vermittlung von ambulanten Pflegekräften über das Stadtmagazin „KölnerLeben“ und über die Seniorennetzwerke und bittet die Verwaltung um eine Einschätzung der Lage in diesem Bereich.

Frau RM Hoyer bittet ferner um Auskunft darüber, ob und in welchen Abständen beim Bereich Pflegepersonal flächendeckende Tests bzw. Antikörpertests durchgeführt werden. Zum Bereich Jobcenter bittet **Frau RM Hoyer** um Auskunft darüber, wie die Erreichbarkeit des Jobcenters und der Kundenkontakt gewährleistet wird und wie groß der Bereich der Soloselbstständigen ist, welcher durch die Pandemie nunmehr auf Hilfen des Jobcenters angewiesen sind.

Frau RM Heuser begrüßt, wie schnell die Verwaltung im Bereich der Obdachlosenversorgung tätig geworden sei. Sie bittet um Auskunft darüber, ob bei der Unterbringung von Personen eine Begrenzung bei der Personenzahl pro Raum beachtet wird.

Sie bittet ferner um Auskunft darüber, wie die Verwaltung sicherstelle, dass täglich Ansprechpartner*Innen bei den sozialen Diensten vorhanden seien und wie sichergestellt werde, dass Menschen mit Behinderungen mit eigenem Budget, welche selbst Arbeitgeber*Innen sind, bei Hilfebedarf ausreichend versorgt werden.

Herr Ausschussvorsitzender RM Paetzold macht auf die schwierige Situationen der in den Pflege-, Seniorenheimen und Krankenhäuser liegenden, teilweise hochbetagten, Menschen aufmerksam und bittet diese Menschen und ihrer Angehörigen nicht aus dem Blickfeld zu verlieren und für diese nach guten Lösungen zu suchen. Zwar wurde das Besuchsverbot für Menschen, welche im Sterben liegen oder palliativ behandelt werden, für engste Angehörige aufgehoben, allerdings mache die Gesamtsituation weiterhin betroffen.

Herr Ausschussvorsitzender RM Paetzold bittet die Verwaltung um Auskunft zu Fortschritten bei der Versorgung von schulpflichtigen Kindern, welche zurzeit nicht die Schule besuchen können, mit Mittagessen durch BuT-Leistungen.

Herr Dr. Rau erläutert zum Thema „Häusliche Gewalt“, dass die Polizei bisher keinen Anstieg feststellen könne. Selbstverständlich gehe die Verwaltung von einer Dunkelziffer aus und der Krisenstab beobachte die Entwicklung auch in diesem Bereich. Zur Feststellung, ob zumindest ein Verdacht auf häusliche Gewalt vorliegen könne, nennt **Herr Dr. Rau** beispielhaft eine mögliche Meldung durch Apotheker*Innen, welche hier sensibilisiert wurden.

Zur Stärkung im Bereich ambulante Pflegekräfte führt **Herr Dr. Rau** aus, dass die Strategie von Anfang an darin bestanden habe, die Pandemie eingegrenzt zu halten und die Menschen so lange wie möglich im eigenen Umfeld zu belassen. Daher liege der Fokus darauf, die Infrastruktur intakt zu halten. Hierzu gehöre auch die Versorgung mit PSA (persönliche Schutzausstattung). Hier werde über die Feuerwehr weltweit versucht einzukaufen.

Zum Bereich der Besuchsmöglichkeiten von Heimbewohner*Innen erläutert **Herr Dr. Rau**, dass durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) des Landes NRW zwischenzeitlich ein größerer Gestaltungs- und Entscheidungsfreiraum eingeräumt werde, welcher es den Heimleitungen und den überörtlich Zuständigen erlaube, einen gewissen Ermessensspielraum auszuüben, um Möglichkeiten der sozialen Kontaktaufnahme für Heimbewohner*Innen einzurichten. Hierbei dürfe nicht vergessen werden, dass der Schutz der Seniorinnen und Senioren im Vordergrund stehe. Dieser Schutz schränke Besuchsmöglichkeiten spürbar ein.

Frau Dr. Robinson erläutert zum Bereich Bildung und Teilhabe (BuT), dass die Abteilung BuT des Amtes für Soziales, Arbeit und Senioren bereits frühzeitig mit den Trägern in Kommunikation eingetreten sei und in guter Kooperation zahlreiche Ausgaben von Lebensmitteln realisiert werden konnten. Verbunden mit der Ausgabe von Essen ist hier auch das persönliche Gespräch mit den Kindern und Jugendlichen, so dass

ein Augenmerk auf die Situation in den Familien geworfen werden könne, um dort ggf. unterstützend tätig zu werden.

Zwischenzeitlich wurden alle Träger angeschrieben und ein Kommunikationszentrum angeboten, an welches sich jeder Leistungserbringer wenden könne, der Unterstützung oder Ideen zur Realisierung der Essensausgabe benötige. Ebenso könnten so bereits vorhandene Ideen an andere weitergetragen werden.

Zum Thema Pflegeheime würden tagtäglich die Versorgungssysteme abgefragt um Auskunft zur Versorgung mit Schutzausrüstung und zur personellen Ausstattung zu erhalten und um ggf. ausgleichend und unterstützend helfen zu können. Auch der Bereich der pflegebedürftigen Menschen mit Behinderung stehe hier im Fokus der Beobachtung um ggf. Unterstützung leisten zu können. Von 39 Einrichtungen, bei welchen eine Corona-Infektion bei den Bewohnern oder Mitarbeitenden festgestellt wurde, konnte mittels einer Einzelzimmerbelegung das Problem durch Isolation und Quarantäne eingeschränkt werden. Bei zwei Objekten, welche eine Ausnahmegenehmigung nach Wohn- und Teilhabegesetz haben, gab es insbesondere Probleme auf Grund der nicht abwendbaren Doppelbelegung von Zimmern.

Im Hinblick auf die ausländischen Pflegekräfte zur Versorgung von Menschen im häuslichen Bereich werde der Markt wöchentlich intensiv beobachtet. Momentan seien hier sogar noch Kapazitäten frei, da viele Menschen ihre Angehörigen zurzeit selbst versorgten.

Frau Würker erklärt, dass es sich bei ca. 20 bis 30 Prozent der zusätzlichen Neuanträge um Soloselbständige aus den unterschiedlichsten Bereichen und Berufen handelt. In der Regel wurden die Soforthilfeleistungen des Landes beantragt und die Antragsteller*innen sind gut vorbereitet. Durch die vereinfachte Antragstellung sei eine schnelle und reibungslose Bearbeitung der Anträge gewährleistet.

Zu „Homeoffice“ und „Präsenzpflicht“ führt **Frau Würker** aus, dass gegenüber den Kundinnen und Kunden die Erreichbarkeit sowohl telefonisch als auch über Netzanbindungen wie E-Mail und Internet gegeben sei.

Herr Ludwig erläutert, dass 75% der Unterbringungen in abgeschlossenen Wohneinheiten erfolge. Zusammen mit den Mitarbeitenden des Gesundheitsamtes werde bei auftretenden Infektionsfällen umgehend reagiert. Es stünden 1.500 Reserveplätze zur Verfügung. So bleibe sichergestellt, dass Personen aus Risikogruppen ggf. herausgenommen und anderweitig untergebracht werden könnten.

Die Erreichbarkeit sei, trotz Notbetreuung, telefonisch und durch E-Mail gewährleistet. Hier gelte es dem Spannungsfeld aus Schutz der Mitarbeitenden und dem Betreuungsauftrag gerecht zu werden.

Frau RM Schmerbach fragt zur Landesaufnahmeeinrichtung in Köln-Bayenthal, in welcher 800 Frauen in sehr engen Verhältnissen untergebracht sind, und einem aktuellen Brand-Brief an die Landesregierung nach, ob die Möglichkeit von Seiten der Stadt Köln besteht dort Hilfestellung zu bieten.

Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes bedankt sich bei Verwaltung und den freien Trägern für die geleistete Arbeit und greift nochmals die Situationen von Frauen auf, welche einer Gefährdung durch häusliche Gewalt ausgesetzt seien und bittet die Verwaltung hier wach- und aufmerksam zu sein.

Herr SE Krücker hebt aus Sicht der freien Träger die schnelle und unkomplizierte Zusammenarbeit mit der Verwaltung hervor. Zur ambulanten Pflege ergänzt er, dass das häusliche Umfeld hier im Großen und Ganzen gut funktioniere. Er gibt zu bedenken, dass auch im pflegerischen, häuslichen Bereich die Gefahr bestehe, dass Fälle

von häuslicher Gewalt zunehmen könnten. Die Situation mit der Ausstattung von PSA stelle sich in der ambulanten Pflege deutlich problematischer dar als im stationären Bereich. Hier werde, auch von Seiten der Anbieter, weitere Unterstützung benötigt. Er begrüße die Überlegungen das Besuchs- und Betretungsverbot im stationären Bereich zu lockern und dem aktuellen Pandemiegeschehen anzupassen.

Herr RM Detjen regt an die Besuchs- und Betretungsverbote anhand von Pilotprojekten zu lockern, bei welchen die betreffenden Personen zuvor zu testen seien.

Herr Ludwig antwortet zur Landeseinrichtung in Köln-Bayenthal, dass die Kölner Verwaltung hier eine Lösung durch die Landesregierung abwarte.

Herr Ausschussvorsitzender RM Paetzold schließt in den bereits ausgesprochenen Dank an die Verwaltung ausdrücklich auch die vielen Initiativen aus Kirchen, Vereinen und auch von Privatpersonen welche unbürokratisch Hilfe leisten, ein. Die übrigen Mitgliederinnen und Mitglieder des Ausschuss bekunden durch Beifall Ihre Zustimmung.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Zur Kenntnis genommen.

- 1 **Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 **Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 2.1 **Struktur der Arbeitslosenzentren in Köln aufrechterhalten**
Antrag der Ratsfraktion Die Linke
AN/0330/2020

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Tagesordnung in die nächste Sitzung des Ausschuss geschoben.

- 3 **Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 3.1 **Erneuerung der Brandmeldeanlage im Bürgerhaus Stollwerck**
0016/2020

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt die Erneuerung der Brandmeldeanlage im Bürgerhaus Stollwerck.

Die Gesamtkosten der Maßnahme belaufen sich auf 385.739,64 € (inkl. MwSt.).

Die Verwaltung wird ermächtigt, die städtische Gebäudewirtschaft mit der Projektsteuerung für die Durchführung der Maßnahme zu beauftragen.

Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Aufwendungen werden im Haushaltsjahr 2020 ergebniswirksam und wurden im Haushaltsplan 2020/2021 im Teilergebnisplan 0507, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -

zentren, in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

3.2 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Maßnahme 5.0.2 "Zuhause im Veedel - Aktivierung und Beteiligung im Quartier" - Sozialraum Porz-Ost, Finken- berg, Gremberghoven und Eil, Quartier Finken- berg 0050/2020

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

1. Der Ausschuss Soziales und Senioren erkennt den Bedarf der Maßnahme 5.0.2 „Zuhause im Veedel – Aktivierung und Beteiligung im Quartier Sozialraum Porz-Ost, Finken- berg, Gremberghoven und Eil“, Quartier Finken- berg an. Er beauftragt die Verwaltung die Maßnahme als Bestandteil des Programms „Star- ke Veedel – Starkes Köln“ extern zu vergeben.
2. Der Ausschuss für Soziales und Senioren verzichtet auf die Vorlage zur formalen Vergabeentscheidung, wenn das Vergabe- und das Rechnungsprüfungsamt den Vergabevorschlägen der Vergabestelle einvernehmlich und ohne Einschränkungen zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.3 Anerkennung von vier neuen Interkulturellen Zentren Köln 0877/2020

Für die Verwaltung anwesend: **Frau Kremer-Buttkereit**, Amt für Integration und Viel- falt.

Frau Kremer-Buttkereit teilt mit das die nächste Sitzung des Integrationsrates am 26. Mai 2020 stattfindet. Eine Auszahlung der Mittel wäre, bei Einhaltung dieses Zeitplans noch im Mai 2020 möglich.

Herr Ausschussvorsitzender RM Paetzold empfiehlt Beschlussfassung mit dem Zusatz:

„vorbehaltlich der Zustimmung des Integrationsrates“

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, *vorbehaltlich der Zustimmung des Integrationsrates*, die Anerkennung von:

- **Afrikanische Gemeinde Köln e.V.**, Weinsbergstraße 190, 50825 Köln- Ehrenfeld
- **Aktion Nachbarschaft e.V.**, Ossendorfer Weg 1, 50827 Köln–Bickendorf

- **Deutsch-Afrikanische Kooperation-DAKO e.V.**, Melchiorstraße 3, 50670 Köln Neustadt-Nord
- **Migrafrica-Verein für junge afrikanische und andere Diaspora e.V. (VJAAD)**, Braunstraße 21, 50933 Köln–Braunsfeld

als Interkulturelle Zentren nach der Richtlinie zur Anerkennung und Förderung von Interkulturellen Zentren gemäß Ratsbeschluss vom 26.09.2019.

Abstimmungsergebnis:

Mit der Ergänzung „Unter Vorbehalt der Zustimmung des Integrationsrates“, einstimmig zugestimmt.

4 Ausschussempfehlungen an den Rat

**4.1 Verteilung der Mittel zur Förderung von neuen Interkulturellen Zentren und die Verwendung des übergreifenden Budgets für Interkulturelle Zentren Köln für das Haushaltsjahr 2020
0887/2020**

Für die Verwaltung anwesend: **Frau Kremer-Buttkereit**, Amt für Integration und Vielfalt.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

Der Rat beschließt auf der Grundlage der Haushaltssatzung über die Verwendung der Haushaltsmittel

- in Höhe von weiteren 37.066,- € für die Zentrenförderung gemäß Anlage 1, vorbehaltlich der Anerkennung dieser Zentren durch den Ausschuss Soziales und Senioren und
- über das übergreifende Budget in Höhe von 10.000,- €.

Die Mittel stehen im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in Zeile 15, Transferleistungen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt.

**4.2 Bedarfsplanung vom Amt für Wohnungswesen für neu anzumietende Objekte gem. § 5 Abs. 2 a der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln vom 13.12.2019
0274/2020**

Für die Verwaltung anwesend: **Herr Ludwig**, Amt für Wohnungswesen, Amtsleitung

Frau RM Hoyer fragt nach, ob nunmehr keine Mitteilung über Neuvermietungen und Vertragsverlängerungen im Ausschuss erfolge, sondern erst zum Ende des Jahres eine Information vorgelegt werde.

Herr Ludwig macht darauf aufmerksam, dass diese Vorlage auf einem Beschluss des Rates aus dem Jahre 2019 zurückgehe. Seinerzeit wurde die Zuständigkeitsverord-

nung verändert.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** reicht im Rahmen der Sitzung des Ausschusses folgende Frage schriftlich ein:

„Im Rahmen der Bedarfsplanung des Amtes für Wohnungswesen (Beschlussvorlage 0274/2020; S. 4) berichtet die Verwaltung über deutliche Steigerungen bei Zwangsräumungen.

Dazu hat die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** folgende mündliche Anfrage:

1. Wie erklärt die Verwaltung den Anstieg der Zwangsräumungen in den letzten Jahren (aus welchen Gründen wird zwangsgeräumt? Mietrückstand, mietwidriges Verhalten, fallen bestimmte Gesellschaften besonders auf?) Warum werden Mietrückstände nicht vorher bekannt?
2. Gibt es eine Nachsorge für die Menschen, für die bereits einmal Mietrückstände übernommen wurden?
3. Wie viele der zwangsgeräumten Menschen zwischen 2015-2018 befanden sich im Leistungsbezug SGB II, SGB XII? Warum wurden die Mietrückstände der Personen im Leistungsbezug nicht frühzeitig bekannt? Besteht hier Optimierungsbedarf?
4. In Köln gibt es das Angebot der Fachstelle Wohnen und das Projekt BerMiCo. Sieht die Verwaltung angesichts der kontinuierlichen Zunahme der Zwangsräumungen Optimierungsbedarf? Wenn ja, wie könnte dieser aussehen?
5. Wie sieht die Verwaltung die Zahl der Belegrechtswohnungen in Köln?

Die Fragen sollen zur nächsten Sitzung des Ausschusses schriftlich beantwortet werden.

Herr Ausschussvorsitzender RM Paetzold bittet um Auskunft ob diese Unterkünfte auch für Menschen gedacht seien, welche unter § 67 SGB XII (*Personen, bei denen besondere Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind, sind Leistungen zur Überwindung dieser Schwierigkeiten zu erbringen, wenn sie aus eigener Kraft hierzu nicht fähig sind. Soweit der Bedarf durch Leistungen nach anderen Vorschriften dieses Buches oder des Achten und Neunten Buches gedeckt wird, gehen diese der Leistung nach Satz 1 vor.*) fallen würden?

Ferner bittet **Herr Ausschussvorsitzender RM Paetzold** um Auskunft darüber, ob es bei der vorgelegten Bedarfsplanung auch Schnittstellen zum „Housing First-Konzept“ gebe, welches vom Rat im Februar 2020 beschlossen wurde?

Herr Ludwig weist zu beiden Fragen auf die Zuständigkeit des Amtes für Soziales, Arbeit und Senioren hin. Die hier zur Abstimmung vorliegende Vorlage beziehe sich ausschließlich auf die Zuständigkeit im Bereich des Amtes für Wohnungswesen. Allerdings sei das Amt für Wohnungswesen bereit, künftig Aufträge zur Anmietungen aus dem Bereich des Housing First-Konzeptes anzunehmen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt zur Aufgabenwahrnehmung der Wohnraumversorgung im Amt für Wohnungswesen die begründete Bedarfsplanung für den Bedarfszeitraum 2020 – 2024 zur Anmietung und Verwaltung von Unterkünften und Wohnungen für dringend Wohnungssuchende, von Obdachlosigkeit bedrohte und geflüchtete Menschen sowie für Menschen mit Vermittlungshemmnissen auf dem regulären Wohnungsmarkt.

Die Bedarfsplanung umfasst

- Verhandlung
- Vertragsanbahnung
- Vertragsabschluss

zur Anmietung von nach § 5 Abs. 1 c der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln vom 13.12.2019 zustimmungspflichtigen

1. Verlängerungen / Nachverträgen von Mietverträgen für Bestandgebäude (Objekte siehe Anlage)

sowie

2. Neuabschlüssen von Mietverträgen für angebotene Objekte soweit dies zur Bedarfsdeckung, also zur Versorgung der o.a. Personengruppen mit Wohnraum erforderlich ist.

Abstimmungsergebnis:

Bei Enthaltung der FDP einstimmig beschlossen.

5 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

6 Stadtarbeitsgemeinschaften

7 Behindertenbeauftragter

**7.1 Inklusionstaxen in Köln
1098/2020**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Tagesordnung in die nächste Sitzung des Ausschusses geschoben.

8 Aktuelle Situation von Flüchtigen in Köln

**8.1 Jahreszahlen zur Versorgung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) in 2019 in der Stadt Köln
0433/2020**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

**8.2 Bericht über die Entwicklung von Ausreisen und Abschiebungen ausreisepflichtiger Personen 2019
0434/2020**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

**9 Bericht des Jobcenter Köln
1112/2020**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

10 Wohnen

**10.1 Halbjahresbericht zur Zweckentfremdung von Wohnraum in Köln
0730/2020**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

11 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

12 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen

**12.1 Bescheinigung über den Wohngeldbezug für BUT Antragsteller
Neuer Sachstand zur Mitteilung vom 31.10.2019 Vorlagen Nummer
3702/2019
0173/2020**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

13 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

**13.1 Menschen in der Prostitution während und nach der Corona-Krise
AN/0455/2020**

Die Beantwortung durch die Verwaltung liegt nicht vor.

**13.2 Häusliche Gewalt in der Coronakrise
Gemeinsame Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der CDU
AN/0441/2020**

Beantwortung liegt vor.

**Beantwortung der Anfrage Häusliche Gewalt in der Corona-Krise (Beantwortung von AN/0441/2020)
1125/2020**

Im Rahmen des **TOP A** zur Kenntnis genommen.

13.3 Beantwortung der Anfrage AN/0453/2020 der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln "Soziale Soforthilfen und Kinder- und Jugendhilfe in der Corona-Krise" 1113/2020

Im Rahmen des **TOP A** zur Kenntnis genommen.

14 Mündliche Anfragen

Herr RM Detjen fragt **Herrn Beigeordneten Dr. Rau**, ob hinsichtlich der von der Kämmerei am 25.03.2020 an die Dezernate und Dienststellen erlassenen Aufforderung zu überprüfen, welche Leistungen tatsächlich durchgeführt werden müssen, bereits erste Ergebnisse einer derartigen Prüfung dargestellt werden könnten.

Herr Dr. Rau teilt hinsichtlich der Verfügung der Kämmerei zur Haushaltsbewirtschaftung die Sorge von Wenigereinnahmen und Mehrausgaben. Daher sei die sorgfältige Bewirtschaftung des derzeitigen Haushaltes unumgänglich. Es fänden diesbezüglich regelmäßig Beratungen hinsichtlich der konkreten Bedeutung dieser Vorgabe statt. Nicht in Frage gestellt seien investive Maßnahmen, Pflichtleistungen und strukturerhaltende Maßnahmen. Nach Darstellung von **Herrn Dr. Rau** lägen beispielsweise strukturerhaltende Maßnahmen dann vor, wenn Leistungen schon bestünden und, sollten diese wegfallen, die Struktur gefährden könnten. Bei einer erstmalig geplanten Ausgabe sei die Frage der Strukturerhaltung wesentlich schwieriger, sofern sie nicht als gesetzliche Leistungen definiert sei. Daher ergebe sich nunmehr eine projektbezogene Diskussion darüber, was als strukturerhaltend und strukturgefährdend einzustufen sei.

Es müsse auch davon ausgegangen werden, dass Projekte, welche sowohl von politischer Seite als auch von Seiten der Verwaltung bisher einmütig geplant wurden, nunmehr in Frage gestellt werden könnten.

Herr RM Detjen fragt nach, wie beispielsweise das Projekt „Housing First“ einzuordnen sei und rege, hinsichtlich der zu erwartenden Auseinandersetzungen der Einordnung einer Maßnahme an, hier in eine Diskussion zwischen Sozialverwaltung und Politik einzutreten.

Herr Dr. Rau weist hierzu auf die Rolle der Finanzverwaltung und der Politik hinsichtlich ihres Zusammenwirkens, welche durch die Landesregierung in ihrem Landes-Pandemiegesetz hervorgehoben wurde, hin.

Das vom Rat beschlossene Projekt „Housing First“ sei ein gutes Beispiel, da dieses sowohl von der Sozialverwaltung, als auch von der politischen Seite vertreten werde und auch gewollt sei. Es müssten aber auch Kriterien der Haushaltsverfügung der Kämmerei angelegt werden. Housing First sei weder eine gesetzliche Leistung noch eine investive.

Damit sei „Housing First“ ein Beispiel, bei dem Politik, Finanz- und die Sozialverwaltung ggf. eine Neubewertung vornehmen müssten.

Weitere mündliche Anfragen liegen nicht vor.

15 Mitteilungen

**15.1 Jugendbefragung und dann... - Erste Bilanzierung
0178/2020**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

**15.2 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht;
Contolling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen
0299/2020**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

**15.3 Verschenkung von Wohncontainern (ehem. Geflüchtetenunterkunft
Eygelshovener Straße)
0040/2020**

Frau RM Hoyer reicht folgende Frage ein:

„Wie hoch sind die tatsächlichen Entsorgungskosten der Container? Gibt es im Gegensatz zu den ursprünglich geplanten Kosten Veränderungen?“

Frau RM Hoyer bittet um schriftliche Beantwortung zur nächsten Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren.

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

**15.4 Bericht der drei Träger Auszugsmanagement für den Zeitraum 01.01.-
31.12.2019
0975/2020**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

**15.5 Förderung von Wohnungen mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen
und der Stadt Köln im Jahr 2019 und Überblick der Änderungen im För-
derrecht 2020
1023/2020**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Tagesordnung zur Kenntnis genommen.

**15.6 Interkulturelle Zentren Köln – „Die ganze Welt in Köln“ Informationsbro-
schüre und Übersichtskarte
0881/2020**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Tagesordnung in die nächste Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren geschoben.

Tagesordnungspunkte im nichtöffentlichen Teil liegen nicht vor.

Herr Ausschussvorsitzender RM Paetzold beendet die Sitzung um 17:25 Uhr

gez.

Michael Paetzold, Vorsitzender

gez.

Thomas Krämer, Schriftführer